

ALEKSANDAR VUČIĆ
will Kosovo „niemals“
anerkennen.

ALBIN KURTI
will einen Dialog auf
Augenhöhe.

WERDEN SIE EINANDER DIE HÄNDE REICHEN?

Serbiens Präsident Aleksandar Vučić und der kosovarische Premierminister Albin Kurti sollen Frieden schließen – und mit ihnen zwei verfeindete Nachbarländer.

VON FRANZISKA TSCHINDERLE



PROFIL: ARMIN NIEMANN; PROFIL: JOHN MACDOUGALL



Die Pandemie hat es der Diplomatie in den vergangenen Monaten nicht leicht gemacht. Händeschütteln, das stärkste Symbol politischer Einigung, war tabu. Und freundliche Mimik – ein versöhnliches Lächeln, ein kumpelhaftes Schmunzeln – verschwand hinter Masken. Annäherung in Zeiten des Abstandhaltens ist keine leichte Aufgabe.

Aleksandar Vučić, der Präsident Serbiens, und Albin Kurti, Premierminister des Kosovo, scheint das durchaus gelegen zu kommen. Ihre Länder grenzen aneinander, die Luftlinie zwischen den Hauptstädten Belgrad und Pristina beträgt 250 Kilometer. Doch dazwischen liegen Welten – ein langer Konflikt, ein Krieg, jetzt bilaterale Eiszeit. Das Virus ist nicht der einzige Grund, weshalb der Albaner und der Serbe einander bisher nicht die Hände gereicht haben.

Vergangenen Dienstag trafen Vučić und Kurti erstmals zu Gesprächen in Brüssel aufeinander. Weil am selben Tag US-Präsident Biden in der europäischen Hauptstadt weilte, bekam das Treffen nur wenig Aufmerksamkeit. EU-Chefverhandler Miroslav Lajčák dürfte das nur recht gewesen sein. Denn: Konstruktives, geschweige denn Erfreuliches, war von dem Dialog ohnehin nicht zu erwarten. Der eigentliche Erfolg war, dass Kurti und Vučić sich überhaupt an einen Tisch setzten. Das zeigt, wie verhärtet die Beziehungen zwischen den Staaten Kosovo und Serbien mittlerweile sind.

Hier muss man einen Moment innehalten. Denn die Formulierung „die Staaten Kosovo und Serbien“ enthält bereits die Krux dieser Verhandlungen. Aus Sicht Belgrads ist Kosovo eine abtrünnige Provinz und somit immer noch Teil des eigenen Staatsgebietes. Der Kosovo, flächenmäßig in etwa so groß wie Tirol, hat sich 2008 für unabhängig erklärt (siehe Zeitleiste). Mehr als die Hälfte der UNO-Mitgliedstaaten, darunter Österreich, erkennen die Staatlichkeit an, Serbien, Russland und China hingegen nicht.

Solange die beiden Kontrahenten keine Einigung erzielen, können weder Serbien noch Kosovo EU-Mitglieder werden. Seit 2011 versucht die EU, eine Einigung herbeizuführen. Nennenswerte Erfolge zeichnen sich nicht ab. Ganz im Gegenteil, sagt der Politikwissenschaftler Vedran Džihic: „Wir sind heute da, wo wir vor zehn Jahren waren. Beide Seiten messen ihre Kräfte, um so viel wie möglich herauszuschlagen“, sagt er im Gespräch mit profil. Noch etwas erschwere laut ihm die Verhandlungen: „Serbien ist heute, anders als der Kosovo, kein demokratischer und pluralistischer Staat mehr.“

Ob Vučić, der sich außenpolitisch stark an Russland und China anlehnt, überhaupt noch an einer EU-Mitgliedschaft interessiert ist? Als starker Mann Serbiens profitiere er von der festgefahrenen Situation. Ja mehr noch: Der Schwebezustand diene seinem Machterhalt.

Nach dem Treffen am vergangenen Dienstag trat der serbische Präsident in die Mittagssonne von Brüssel, um vor Journalisten ein Statement abzugeben. Er erklärte, sich mit Kurti in nichts einig gewesen zu sein, und betonte, den Kosovo „niemals“ anerkennen zu wollen. Kurti wiederum konterte, immerhin vier Vorschläge auf den Tisch gelegt zu haben, darunter ein Friedensabkommen sowie Pläne einer regionalen Freihandelszone. Auf beides soll Vučić nicht näher eingegangen sein. Stattdessen

brachte er einen alten Lösungsvorschlag ins Spiel, gegen den Kurti in seiner Zeit als Oppositioneller kräftig Stimmung gemacht hat. Er trägt den sperrigen Namen „Gemeinschaft der serbischen Gemeinden“ und soll den rund 130.000 Serben, die im Kosovo leben, Autonomierechte zusichern, beispielsweise im Kultur-, Bildungs- sowie Finanzbereich.

Als Oppositioneller hat Kurti aus Protest gegen das Abkommen Tränengas in den Plenarsaal des Parlaments in Pristina geworfen. Er fürchtet, dass sich die angedachte Gemeinschaft serbischer Gemeinden als Trojanisches Pferd aus Belgrad entpuppen könnte, ähnlich wie die Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina, wo die meisten Entscheidungen die Zustimmung beider Entitäten und aller drei großen ethnischen Gruppen erfordern.

Auf den ersten Blick wirken die Standpunkte dieser beiden Männer diametral verschieden. Aber zumindest eines haben sie gemeinsam: Sie nutzen den Dialog dafür, ihr eigenes Image aufzupolieren. Vučić inszeniert sich als Vater der Nation, der unaufhörlich für den Verbleib Kosovos bei Serbien kämpft. Kurti, zuletzt mehr als zehn Jahre in Opposition, mimt den pragmatischen Verhandlungspartner, der nicht mehr Tränengas wirft, sondern Vorschläge macht.

So selbstbewusst wie Kurti ist aufseiten der kosovarischen Delegation schon lange niemand mehr aufgetreten. Das hat auch damit zu tun, dass er seit seinem Erdrutschsieg im Februar mit absoluter Mehrheit fest im Sattel sitzt. Der Name der Partei, „Vetëvendosje“ (auf Deutsch „Selbstbestimmung“), spiegelt wider, was Kurti im Dialog mit Serbien erreichen möchte.

Selbstbestimmt will Kurti vor allem über eines entscheiden: die eigenen Grenzen. Seit 2018 macht der Plan einer Grenzkorrektur die Runde auf dem Balkan, wie ein Geist, den niemand so recht greifen, aber auch nicht vertreiben kann. Der umstrittene Vorschlag sieht vor, Teile des mehrheitlich von Serben bewohnten Nordkosovo abzutren-

ten, während albanisch besiedelte Gebiete im serbischen Preševo-Tal dem Kosovo zufallen würden. Für Vučić würde dieser Gebietstausch eine gesichtswahrende Lösung bedeuten, glaubt der serbische Politikwissenschaftler Nikola Burazer: „Aus Sicht Belgrads ist Kosovo weit mehr als nur ein Stück Land. Er gilt als Wiege der serbischen Nation. Solle es Vučić gelingen, auch nur zehn Prozent des Territoriums zurückzugewinnen, kann er das als Sieg verpunkten.“

Kurti hat wiederholt klargemacht, dass der Vorschlag einer Grenzveränderung für ihn tabu ist. Stattdessen fordert er einen Dialog auf Augenhöhe, etwas, das ihm der fast zwei Meter große Vučić konsequent verwehrt. Nach dem Treffen postete er auf seinem Instagram-Account, den Ministerpräsidenten einer „Provisorischen Institution“ getroffen zu haben. Das ist ein Schlag ins Gesicht von Kurti, der als legitimer Staatsoberhaupt auftreten möchte.

Wäre es nach all dem Gezerre nicht einfacher, den Dialog einfach auf Eis zu legen? Um zu verstehen, warum alle Seiten an den Verhandlungen festhalten, muss man von den komplizierten Details absehen und den gesamten Balkan betrachten.

Der Kosovo-Serbien-Konflikt hängt über der Region wie ein Damoklesschwert. Versöhnen sich die beiden Nachbarn nicht, hat die Kosovokrise das Potenzial, sich zu einem sogenannten „eingefrorenen Konflikt“ mitten in Europa zu entwickeln. Es geht am Ende um viel mehr als um zwei zerstrittene Nachbarn, weiß die deutsche Grünen-Politikerin Viola von Cramon. Sie ist Kosovo-Berichterstatlerin des EU-Parlaments und sagt: „Der Traum, dass wir bis Ende des Jahres eine Lösung sehen, ist ausgeträumt.“

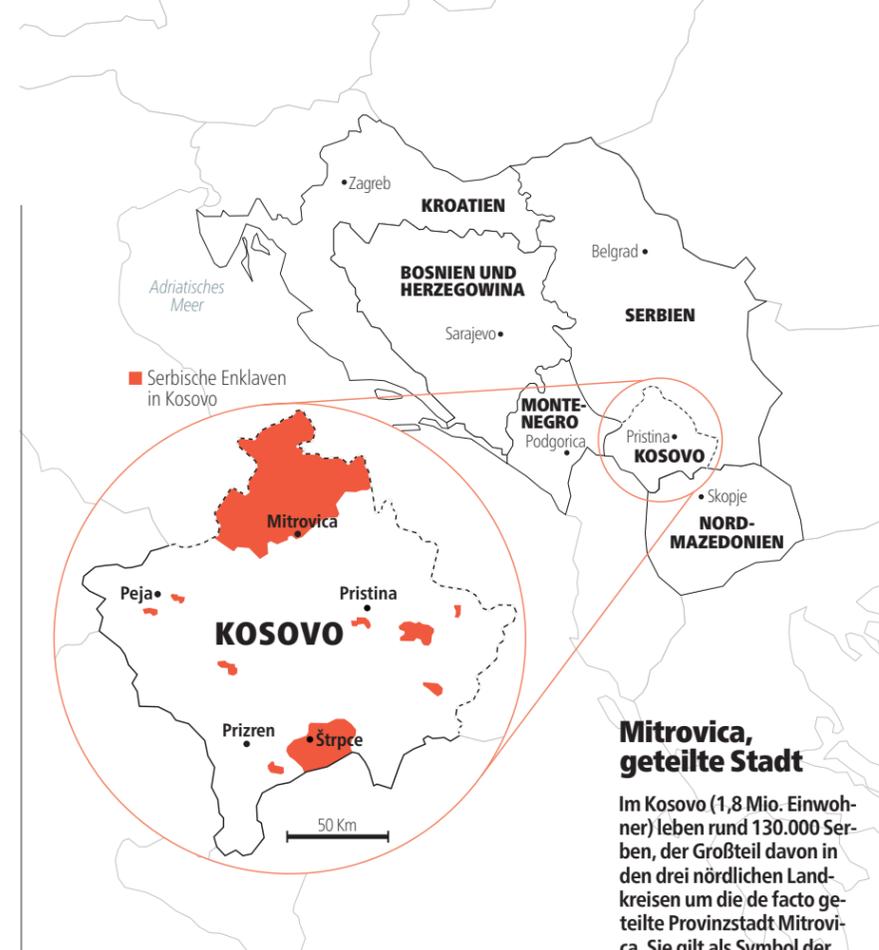
Der Dialog gilt als intransparent, technisch und komplex. Der breiten Öffentlichkeit ist längst nicht mehr ersichtlich, warum sie sich mit dem Zwist überhaupt befassen sollte. „Ich höre immer wieder, dass es in der EU gerade größere Probleme gibt – Ungarn und Polen etwa – und für den Balkan jetzt keine Zeit ist“, sagt von Cramon, die diese Entweder-oder-Haltung ablehnt: „Letztendlich haben wir ein Interesse an dem Wohlergehen unserer Nachbarn“, sagt sie, „und solange es keine vertragliche Vereinbarung zwischen Kosovo und Serbien gibt, ist die Stabilität in der Region nicht zu hundert Prozent gesichert.“

Schon jetzt gilt der Dialog als Gradmesser für die Glaubwürdigkeit der EU. Kann sie ihre Interessen als wichtigste Wirtschaftsmacht der Region auch politisch

DIAMETRALE BIOGRAFIE
Während Vučić bereits in den 1990er-Jahren Politik machte, blieb Kurti bis zuletzt in Opposition.



SASA STANKOVIC/EPICURE/REX.COM, VALORIN HELWAJ/EPICURE/REX.COM



Mitrovica, geteilte Stadt

Im Kosovo (1,8 Mio. Einwohner) leben rund 130.000 Serben, der Großteil davon in den drei nördlichen Landkreisen um die de facto geteilte Provinzstadt Mitrovica. Sie gilt als Symbol der ethnischen Spaltung im Land und als ein potenzieller Krisenherd für Gewalt. Der mehrheitlich von Serben besiedelte Norden Mitrovicas arbeitet eng mit der Regierung in Belgrad zusammen, im Süden leben mehrheitlich Albaner. Die restlichen Kosovo-Serben leben zerstreut über das ganze Landesgebiet in kleinen Ortschaften und Dörfern. 2013 einigten sich Belgrad und Pristina auf die Gründung eines Verbandes serbischer Gemeinden, der gewisse Minderheiten- und Autonomierechte vorsieht. Das Vorhaben wurde nie umgesetzt. Albin Kurti gilt als lautstarker Kritiker der Idee, Vučić pocht auf die Umsetzung.

verteidigen? Hält sie ihr Versprechen, den Ländern eine Perspektive zu bieten, auch ein? Daran, wie diese Geschichte endet, wird sich in fünf oder zehn Jahren ablesen lassen, ob Brüssel in der Lage war, außenpolitisch mit einer Stimme zu sprechen. Bisher zeigt der Kosovo diesen Mangel an Konsensfähigkeit auf schmerzliche Weise auf. Fünf EU-Mitgliedsländer (Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien, Zypern) erkennen ihn nicht als unabhängigen Staat an. Für Serbien ist das eine bequeme Ausrede. Warum dem Druck der EU nachgeben, wenn sie sich nicht einmal selbst einig ist?

Noch weiter liegen die Ansichten der Verhandlungspartner auseinander. Vučić vertritt die Meinung, dass der Kosovo Serbien unrechtmäßig entrissen wurde. Kurti hingegen sieht in der Unabhängigkeit einen Befreiungsschlag aus jahrzehntelanger Unterdrückung, die von Assimilierungsversuchen über Vertreibung bis zu Massakern reichte. Beide rücken nicht von ihrer Position ab – und das liegt wohl auch an ihren eigenen Biografien.

Ange-spannte Nachbarschaft

Krieg. 1998/Frühjahr 1999

Umfassende Vertreibung der albanischen Bevölkerung durch serbische Sicherheitsbehörden und Paramilitärs.

NATO-Intervention. März–Juni 1999

Nach wochenlangen Bombardements der NATO zieht Serbien seine Sicherheitskräfte ab. Der Kosovo wird ein Protektorat der Vereinten Nationen.

Unruhen. 2004

Im Kosovo brechen Unruhen aus. Es kommt zu Angriffen auf serbische Einrichtungen, darunter auch Kirchen. Insgesamt sind 19 Tote und Hunderte Verletzte zu beklagen.

Unabhängigkeit. 2008

Am 17. Februar erklärt der Kosovo seine Unabhängigkeit. Über 100 Staaten, darunter Österreich, erkennen ihn heute diplomatisch an.

In Dialog. 2011

Auftakt des Dialogs. Seitdem wurden über 33 Abkommen unterzeichnet – so etwa in Handel und Telekommunikation, im Energiesektor und Grenzmanagement.

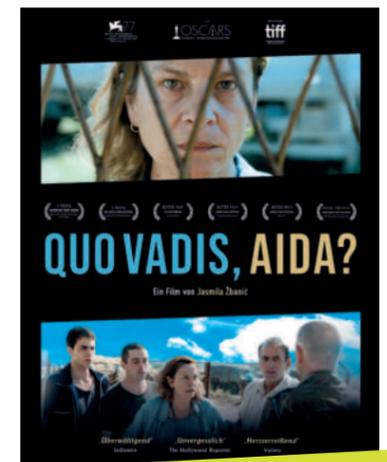
Quo vadis, Aida?

24. Juni 2021, 19 Uhr
Kinostart-Premiere



© Polyfilm Filmerleih

„Dieser Film handelt von einer Frau, die in einem von Männern dominierten Krieg zwischen die Fronten geraten ist. Es geht um Mut, Liebe und Widerstandskraft – und auch darum, was passiert, wenn wir nicht rechtzeitig auf Warnsignale reagieren.“ so Regisseurin und Drehbuchautorin Jasmila Zbanić.



Mitmachen & gewinnen!

> **profil verlost 5 x 2 Karten** für die Kinostart-Premiere von „Quo vadis, Aida?“ am Donnerstag, 24. Juni 2021 um 19 Uhr im Filmcasino, Margaretenstr. 78, 1050 Wien.

Mitmachen per E-Mail bis 22. Juni 2021 unter events@profil.at

„Die Grenzen der Region müssen durchlässiger werden.“

Gerald Knaus,
European Stability
Initiative (ESI)

Das Land, in dem der Serbe und der Albaner in den 1970er-Jahren zur Welt kamen, hieß Jugoslawien und existiert heute nicht mehr. Kurti wuchs in Pristina auf, der Hauptstadt der ärmsten und rückständigsten Provinz im damaligen Vielvölkerstaat. Präsident Tito garantierte dem Kosovo im Jahr 1974 eine neue Verfassung mit umfangreichen Autonomierechten. Ende der 1980er-Jahre kam mit dem serbischen Machthaber Slobodan Milošević ein glühender Nationalist an die Macht, der die Rechte der Albaner schrittweise zurückbaute. Kurti, damals ein Studentenführer mit langen Haaren, ging gegen seine repressive Politik auf die Straße. Der fünf Jahre ältere Vučić hingegen wurde im Jahr 1998 zu dessen Informationsminister berufen. Später, als der Konflikt sich zu einem Krieg auswuchs, wurde Kurti nach Serbien verschleppt und ins Gefängnis gesteckt.

So verhandeln in Brüssel nicht nur zwei Politiker, sondern zwei Zeugen eines blutigen Konflikts.

Kann das funktionieren?

Der Südosteuropaexperte Vedran Džihic glaubt Ja: „Beide haben etwas Dogmatisches und Verbissenes an sich. Es wird extreme und auch emotionale Momente geben, weil beide schnell in ihrem männlichen Stolz gekränkt sind. Insgesamt haben solche Alpha-Männchen aber eher die Tendenz, sich am Ende irgendwo zu treffen.“ Džihic zeichnet ein düsteres Bild der Verhandlungen, die laut seiner Einschätzung bisher mehr Rückschritte als Fortschritte hervorgebracht hat. „Die Entfremdung beider Gesellschaften ist vorangeschritten“, warnt er. Langsam wachse auf beiden Seiten der Grenze eine Generation heran, die nicht mehr dieselbe Sprache spreche und durch die Medien ein verzerrtes Bild der jeweils anderen Gesellschaft vermittelt bekomme. Das bestätigt Nikola Burazer, der Politikwissenschaftler aus Belgrad: „Kurti wird in Serbien als ein radikaler Nationalist dargestellt, der Serben hasst wie kein anderer.“ Nur ein Wunder, sagt er, könne Vučić zu Kompromissen bewegen.

Es ist der Job von Gerald Knaus, Strategie-papiere zu schreiben, die solche Wunder möglich machen sollen. Der Österreicher ist Gründer des Thinktanks „European Stability Initiative“ (ESI), einer Denkfabrik für politische Lösungen. Während Beobachter der Westbalkanregion seit Jahren betonen, dass

der Dialog zwischen Kosovo und Serbien tot sei, mimt Knaus unaufhörlich den Optimisten.

„Was es braucht, sind kreative Ideen und eine Vision, die jeder versteht“, fordert er im Gespräch mit profil. Eine Neuziehung der Grenzen hält er für gefährlich und fordert seit 2019 das Gegenteil davon: „Die Grenzen in der Region müssen durchlässiger werden. Die EU muss den Ländern ein konkretes Angebot machen, zum Beispiel, in absehbarer Zeit dem Europäischen Wirtschaftsraum beizutreten und irgendwann die vier Grundfreiheiten zu genießen.“ Weil der EU-Beitritt in weiter Ferne ist, brauche es eine „Integration in zwei Schritten“, so Knaus. Der Beitritt zur größten Wirtschaftszone der Welt, in der Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen frei zirkulieren können, wäre ein attraktives Angebot, das die EU Kosovo und Serbien im Paket unterbreiten müsse.

Kurti scheint die Strategie-papiere von Knaus zu kennen. Bereits fünf Tage vor dem Treffen in Brüssel skizzierte er ähnliche Pläne in einer Rede am Westbalkan-Gipfel in der albanischen Hauptstadt Tirana. Konkret sprach er über ein regionales Freihandelsabkommen, das die sechs Westbalkanstaaten untereinander abschließen könnten. Streng genommen existiert so eine Zone bereits, allerdings darf die kosovarische Regierung aufgrund der Blockade Serbiens dort nicht als gleichberechtigter Vertreter auftreten. „Dass Serbien sich weigert, die Unabhängigkeit des Kosovo anzuerkennen, ist ein Hindernis für die regionale Zusammenarbeit“, so Kurti in seiner Rede. Damit spricht er einen Punkt an, den Knaus seit Jahren predigt: gemeinsame Integration durch einen gemeinsamen Markt.

Nicht nur die Generation der Täter und Opfer müsste an einem Tisch sitzen, sondern auch 14-Jährige, die den Krieg gar nicht mehr erlebt haben, meint Knaus. „Wir müssen diese Jugendlichen zusammenbringen, aber nicht, um über die belastete Vergangenheit zu sprechen, sondern über Zukunftsfragen, zum Beispiel den Kampf gegen den Klimawandel“, glaubt er. Aus Washington kam zuletzt der Vorschlag, eine Bahnstrecke zwischen Pristina und Belgrad zu bauen sowie eine Flugverbindung zu eröffnen. Abseits davon brauche es laut Knaus weitere kreative Lösungen, etwa einen gemeinsamen Katastrophenschutz. Langfristigen Frieden werde es nur geben, wenn die Bevölkerung beider Länder in Dialog tritt.

Ob Kurti und Vučić einander die Hand reichen werden, ist dann vielleicht gar nicht mehr so wichtig. ■

TRANSATLANTISCHES
TANDEM
Der EU-Sonderbeauftragte Miroslav Lajčák (links) mit dem US-Vermittler Matthew Palmer im Juni 2021 in Pristina



Spannungen. 2017

Serbien entsendet einen Zug mit der Aufschrift „Kosovo ist Serbien“ in 31 Sprachen über die Grenze. Pristina kontert mit einer Sondereinheit, spricht von Provokation.

Abbruch. 2018

Belgrad bricht den Dialog ab. Pristina hat zuvor Strafzölle verhängt, weil Serbien seinen Beitritt zu Interpol blockiert hatte.

Aufbruch? 2021

Albin Kurti wird Premierminister des Kosovo. Der EU-Sonderbeauftragte für den Dialog Miroslav Lajčák soll die Gespräche jetzt wieder in Schwung bringen.